

Globale Brille aufsetzen?

Grüne halten der Landesregierung weitgehende Untätigkeit vor

Bis zum Jahr 2020 sollen – ausgegangen vom Jahr 1990 – die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 Prozent reduziert werden. Diese von Bundesumweltminister Gabriel (SPD) formulierte Zielvorgabe soll unter anderem durch die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien erreicht werden. In diesem Bereich jetzt mit Nachdruck zu handeln, sei Aufgabe auch der hiesigen Landesregierung. Das zumindest sagen die NRW-Grünen, die die Diskussion in einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung der Plenarsitzung brachten. Ihrer Meinung nach werden die von der Landesregierung vorgelegten Energiekonzepte diesen Ansprüchen nicht gerecht.

Reiner Priggen (GRÜNE) kritisierte die Klimaschutzpläne der Landesregierung als nicht weitreichend genug: „Es ist Lyrik. Es sind allgemeine Feststellungen. Jedoch fehlen Zielmarken und Angaben dazu, wie was erreicht werden soll.“ NRW setze falsche Prioritäten. Das Land benötige keine neuen Kondensationskraftwerke auf der Basis von Braun- und Steinkohle. Stattdessen habe man großen Nachholbedarf bei den erneuerbaren Energien. Priggen: „So, wie Sie diesen Markt behandeln, geht er an NRW vorbei. Wir finanzieren ihn, und Bayern und Baden-Württemberg bauen aus. Das kann nicht unser Ziel sein.“

Marie-Luise Fasse (CDU) konstatierte: „Zum ersten Mal wird jetzt Ernst gemacht bei der Umsetzung der Klimaschutzziele.“ Die EU habe mit ihrem „historischen Beschluss“ über die Klimapolitik die Messlatte sehr hoch gehängt. Die Landesregierung stelle sich jedoch der Herausforderung. Den Vorwurf der Untätigkeit wies sie zurück: Bereits im Februar habe das Kabinett Konzepte zur Energieeffizienz, zu erneuerbaren Energien und zur Energieforschung verabschiedet. Darüber hinaus habe man vielerlei Maßnahmen eingeleitet, die teilweise sogar über die EU-Vorgaben hinausgingen.

André Stinka (SPD) lobte die Agenda des Bundesumweltministers als bedeutenden Meilenstein für die nationale Klimapolitik. Bislang sei die Landesregierung dem Parlament jedoch ein Klimaschutzkonzept schuldig geblieben. Es gehe nicht um Absichtserklärungen, sondern

um konkrete Maßnahmen. „Für die NRW-SPD steht fest: Wir arbeiten für heimische Energieträger von Kohle bis Sonne, wir wollen Lebensqualität und wir stehen für Versorgungssicherheit“, so der Abgeordnete.

Holger Ellerbrock (FDP) warf Gabriel vor, er bleibe seinem Grundsatz treu, hehre Ziele zu formulieren, ohne jedoch Maßnahmen, geschweige denn Finanzierungsvorschläge zu nennen. Es sei zudem illusorisch, Klimaprobleme auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene lösen zu wollen. Die „globale Brille“ sei zwingend notwendig. Ellerbrock: „Dabei müssen wir überlegen: Aus welchen Bereichen wollen wir aussteigen und wohin wollen wir? Dabei kommen wir um den Begriff Energiemix inklusive Kernkraft nicht herum!“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) wendete ein: Aufgrund der industriellen und landwirtschaftlichen Struktur sei es fraglich, ob sich in NRW der Anteil erneuerbarer Energien so weit steigern ließe, wie in der Gabriel-Agenda angekündigt. „Viele vergessen, dass Klimaschutz und die Nachhaltigkeit der Energieversorgung nur ein Ziel sind; wir haben daneben noch die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit als weitere Ziele“, so die Ministerin. Die Regierung habe aber ein Gutachten in Auftrag geben, das die einzelnen Maßnahmen zur CO₂-Reduktion quantifizieren soll.

Thomas Eiskirch (SPD) bemängelte, dass Klimadebatten häufig auf die Notwendigkeit des

Verzichts und die Sorge um den wirtschaftlichen Niedergang reduziert würden. Stattdessen müsse man die Chancen sehen, die der Klimaschutz für die Wirtschaft in NRW bringt.

Christian Weisbrich (CDU) hielt fest: Auch Schwarz-Gelb wolle erneuerbare Energien ausbauen, „aber mit Augenmaß und Verstand“. Man dürfe aber auch die Empfehlung des UN-Klimarates nicht vollständig ignorieren, sichere Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) sagte, der überwiegende Teil der Koalition habe mit Klimaschutz nichts am Hut. Aufgrund der öffentlichen Debatte habe man notgedrungen Papiere vorgelegt – „Notstandspapiere, gedrungen und geschoben und nicht aus eigenem Herzen und Willen.“

Dietmar Brockes (FDP) merkte an, dass Klimaschutz ein globales Problem sei. Trotzdem müsse NRW seine Hausaufgaben erledigen. Gleichzeitig müsse man die Technologieentwicklung und damit den Export vorantreiben.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) nannte die Erneuerung des NRW-Kraftwerksparks die Hauptherausforderung. Wie man jedoch gleichzeitig den Ausstieg aus der Braunkohle, aus den Steinkohlekraftwerken und die vorzeitige Abschaltung von Kernkraftwerken realisieren wolle, auf diese Frage seien die Grünen eine glaubwürdige Antwort schuldig geblieben. ■